



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

19. Sitzung (öffentlich)

7. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:31 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Kinder- und Jugendrat NRW | 5 |
| | – Gespräch mit Gästen (s. Anlage 1) | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) | 13 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000 | |
| | hier: Einzelplan 07 | |
| | Vorlage 18/1450 (Erläuterungsband) | |
| | Einbringung durch die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung,
Flucht und Integration (Einzelplan 07) | |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |

- 3 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!** 21
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628
Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.
- 4 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen** 23
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139
- Ausschussprotokoll 18/224 (Anhörung vom 20.04.2023)
- Wortbeiträge
- 5 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zusichern!** 25
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5415
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den TOP heute nicht zu behandeln.
- 6 Das kleine A B C für eine kindgerechte Sprachförderung – NRW braucht ein ganzheitliches Konzept** 26
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5429

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Marcel Hafke (FDP) überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

7 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Moderationsausbildung im Projekt „Interprofessionelle Qualitätszirkel Frühe Hilfen“ 27

Vorlage 18/1516
Drucksache 18/5646

– Wortbeiträge

Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen gegen die Bund-Länder-Vereinbarung.

8 Personal- und Platzsituation in der stationären Jugendhilfe (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1547

– Wortbeiträge

9 Bericht zur Rettung der Sprach-Kitas (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]) 33

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

10 Verschiedenes 36

– keine Wortbeiträge

4 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend aus-bauen und Wartezeiten verkürzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139

Ausschussprotokoll 18/224 (Anhörung vom 20.04.2023)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 20.12.2022)

Marcel Hafke (FDP) betont, auch wenn sich der Antrag in erster Linie mit Therapieplätzen für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung beschäftige, fehlten ebenso Therapieplätze, um psychische Folgen der Pandemie zu behandeln. Grundsätzlich stünden nicht ausreichend viele Therapieplätze für Kinder und Jugendliche zur Verfügung. Insbesondere gelte dies für akute Bedarfe, wie sie zum Beispiel nach sexueller Gewalterfahrung bestünden. Das dürfe die Politik nicht ruhig lassen. Im Rahmen des gemeinsam verabschiedeten Kinderschutzgesetzes hätten sich die Fraktionen verpflichtet, nicht nur über das Thema zu reden, sondern auch zu handeln. Dafür seien auch Dinge in den Blick zu nehmen, bei den das Land nicht die Erstverantwortung trage.

Über den Bundesrat könne und solle Nordrhein-Westfalen Druck auf die Bundesebene ausüben, damit sich die Bedarfsplanung ändere. Die Anhörung habe gezeigt, dass gegenwärtig nicht zwischen Therapieangeboten für Erwachsene und Kinder differenziert werde. Für Kinder und Jugendliche bedürfe es aber einer eigenen Therapiebedarfsplanung. Das hätten die Anzuhörenden genauso gesehen.

In den letzten Tagen habe die Politik verstärkt Brandbriefe aus der Freien Wohlfahrtspflege zur Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen bekommen. Auch das spiele in das Thema der Therapieplätze hinein. Die Landesregierung solle darstellen, wie sie mit diesem Thema umgehen wolle bzw. ob sie sich darauf beschränke, auf Maßnahmen der Bundesregierung zu warten.

Norika Creuzmann (GRÜNE) bestätigt, es fehlten Therapieplätze für Kinder und Jugendliche. Das sei allen schon vor der Anhörung klar gewesen. Erstaunlicherweise gebe es auf diesem Gebiet keinen Fachkräftemangel. Durch die aktuelle Bedarfsplanung könnten diese Fachkräfte jedoch nicht in ausreichendem Maße zum Einsatz kommen, oder es komme aufgrund befristeter Arbeitsverträge zu hohen Fluktuationen. Dies müsse sich ändern, liege aber nicht im Ermessensspielraum des Landes.

Besonders wichtig sei ein traumasensibler Umgang mit von sexueller Gewalt betroffenen Kindern. Sie bräuchten kurzfristig Hilfe. Gerichtsverfahren stünden schneller Hilfe leider häufig im Wege, da die betroffenen Kinder erst nach ihrer Zeugenaussage und nach Abschluss des Verfahrens Therapien beginnen dürften. Das stelle eine große

Problematik dar. Die Kinder litten durch auf diese Weise noch mehr, würden häufig retraumatisiert und bekämen dennoch keine Hilfe.

Positiv schlage die neue Förderposition „Gesundheit, Resilienz und Bewegungsförderung“ im Kinder- und Jugendförderplan zu Buche. Sie solle auch die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fördern und stärken. Durch diesen Ansatzpunkt habe das Land die Möglichkeit geschaffen, stärker einzugreifen.

Auch die Netzwerke vor Ort müssten gestärkt werden und gemeinsam geschaut werden, wie die Situation der betroffenen Kinder tatsächlich verbessert werden könne. Diese Aufgabe gehe über den vorliegenden Antrag hinaus. Gemeinsame Gespräche seien notwendig, um zu klären, wie mit dieser Thematik gut umgegangen werden könne.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) unterstreicht, die Vorredner hätten viel Richtiges und Wichtiges gesagt. Der Antrag ziele stark auf die bundespolitische Ebene ab. Dennoch solle im Blick bleiben, was das Land an der Stelle verbessern könne.

In der Anhörung habe Gerd Höhner gefordert, dass es insbesondere zu Verbesserungen und einen Ausbau im Bereich der Jugendhilfe kommen müsse. Die Jugendhilfe müsse seiner Aussage nach mengen- und qualitätsmäßig anders aufgestellt werden.

Vernetzung stelle ein ganz zentrales Thema dar, bei dem das Land die Kommunen stärker unterstützen könne. Dies gelte insbesondere für die Vernetzung mit der Polizei.

Ihn interessiere, ob eine Bundesratsinitiative vonseiten des Landes denkbar und angedacht sei.

Charlotte Quik (CDU) begrüßt die relative Einigkeit der Ausschussmitglieder. Die Problemlage sei völlig unstrittig und müsse angegangen werden. Die Landesregierung habe bereits Verschiedenes in Angriff genommen.

Ein GMK-Beschluss liege vor. Diese Landesregierung setze sich mit den übrigen Ländern schon jetzt aktiv für eine Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung sowie eine Verkürzung der Wartezeiten ein. Das sei im Zweifel noch einmal differenziert zu betrachten. Das könne gern im Ausschuss erfolgen. Dennoch sei es angezeigt, dass sich Fraktionen, die auf Bundesebene Verantwortung trügen, um eine Weiterentwicklung bemühten, damit sich die Situation auf Landesebene verbessere.

Die Landesregierung unterstütze Kinderschutzambulanzen, die einen wesentlichen Baustein in der psychotherapeutischen Versorgung – insbesondere in der Erstversorgung – darstellten. Sie werbe dafür, in enger Abstimmung zu bleiben und zu prüfen, was sich gemeinsam erreichen lasse.